

Der Ständerat verweigert die Transparenz

Seit drei Jahren stimmt die kleine Kammer per Knopfdruck ab, doch die meisten Abstimmungsresultate hält sie unter Verschluss. Ihre Staatspolitische Kommission wollte das jetzt ändern, doch diese machte die Rechnung ohne ihre Ratskollegen.

Markus Häfliger
Bern

Die Öffentlichkeit und die Wähler sollen weiterhin nicht nachvollziehen können, wie ihre Ständeräte im Bundeshaus abstimmen. Der Rat hat mit 27 gegen 17 Stimmen eine parlamentarische Initiative seiner eigenen Staatspolitischen Kommission versenkt, die die volle Abstimmungstransparenz einführen wollte - das gleiche System, das der Nationalrat seit zehn Jahren praktiziert.

Zwar werden auch im Ständerat seit 2014 alle Abstimmungen von einer automatischen Zählanlage erfasst. In Form von Namenslisten publiziert wird aber bis heute nur ein kleiner Teil davon, namentlich die Gesamt- und Schlussabstimmungen. Die Namenslisten der oft entscheidenderen Detailabstimmungen bleiben auf ewig das Geheimnis des Ständeratscomputers. Ein aktuelles Beispiel ist der Entscheid über die Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken.

Auch SP gegen Offenlegung

Bei dieser selektiven Offenlegung bleibt es nun. Pikant dabei: Wer in der Transparenzabstimmung wie gestimmt hat, wird ebenfalls nicht publiziert. Dem «Tages-Anzeiger» ist die Auswertung aber möglich, weil er bei der Abstimmung die Anzeigetafel im Ratsaal fotografierte. Anschliessend ordnete er die roten und grünen Punkte auf dem Bildschirm den einzelnen Ständeräten zu.

Diese Auswertung zeigt, dass es in keiner Partei eine Mehrheit für Transparenz gab. Sogar in der SP, die im Oktober ihre Volksinitiative «Für mehr Transpa-

So haben die Ständeräte abgestimmt

Gegen volle Transparenz über ihr Abstimmungsverhalten

CVP	<ul style="list-style-type: none"> ● Jean-René Fournier (VS) ● Filippo Lombardi (TI) ● Brigitte Häberli-Koller (TG) ● Beat Vonlanthen (FR) 	<ul style="list-style-type: none"> ● Isidor Baumann (UR) ● Konrad Graber (LU) ● Erich Ettlín (OW) ● Anne Seydoux-Christe (JU)
FDP	<ul style="list-style-type: none"> ● Karin Keller-Sutter (SG) ● Martin Schmid (GR) ● Thomas Hefti (GL) ● Josef Dittli (UR) 	<ul style="list-style-type: none"> ● Hans Wicki (NW) ● Joachim Eder (ZG) ● Damian Müller (LU)
SP	<ul style="list-style-type: none"> ● Christian Levrat (FR) ● Daniel Jositsch (ZH) ● Liliane Maury-Pasquier (GE) ● Didier Berberat (NE) 	<ul style="list-style-type: none"> ● Géraldine Savary (VD) ● Claude Hêche (JU) ● Roberto Zanetti (SO)
SVP	<ul style="list-style-type: none"> ● Hannes Germann (SH) ● Roland Eberle (TG) 	<ul style="list-style-type: none"> ● Alex Kuprecht (ZG)
Grüne	<ul style="list-style-type: none"> ● Robert Cramer (GE) 	BDP
		<ul style="list-style-type: none"> ● Werner Luginbühl (BE)

TA-Grafik mt

renz in der Politikfinanzierung» einreichen will, hört die Transparenz beim eigenen Stimmverhalten auf. Sieben der zwölf SP-Ständeräte stimmten mit Nein, auch der Parteichef Christian Levrat.

Mehrere Politiker reagierten auf Twitter mit Spott auf den Entscheid des Stöckli. «Was diese 27 Ständeräte wohl zu verbergen haben?», fragte SVP-Natio-

nalsrätin Natalie Rickli (ZH). FDP-Ständerat Ruedi Noser (ZH) schrieb über seine Ratskollegen: «Ein fast humoristisches Resultat: Der Ständerat ist gegen Transparenz bei den Abstimmungen und macht daraus eine existenzielle Frage.»

Tatsächlich machten die Transparenzgegner geltend, es gehe um die Raison d'être des Ständerats. Robert Cra-

mer (GE), der einzige Grüne im Stöckli, wies darauf hin, dass die Parteidisziplin im Ständerat viel schwächer sei als im Nationalrat. Ein Ständerat stimme viel eher nach seinen persönlichen Überzeugungen und den Interessen seines Kantons. «Diesen Unterschied müssen wir bewahren», so Cramer. Ähnlich argumentierten auch andere. Im Ständerat

seien Kompromisse eher möglich, just weil er weniger stark unter Beobachtung der Parteizentralen operiere.

Die Angst vor den Ratings

Karin Keller-Sutter (FDP) warnte, die volle Publikation diene nur «der Vermessung der Ratsmitglieder durch Politikbeobachter». Damit würde es schwieriger, aufgrund «persönlicher Sympathien» abzustimmen, oder - im Sinne eines Gebens und Nehmens - mit einem Ratskollegen auch einmal ein Gegengeschäft zu machen. Auch andere Ratsmitglieder brachten ihre Abscheu gegen Ratings und Rankings zum Ausdruck.

Mehrere Ständeräte machten geltend, die Transparenz sei bereits da: Die Bürger könnten ja auf der Tribüne im Ständeratssaal die Abstimmungen verfolgen oder im Internet die Videoaufnahmen der Debatten von Hand auswerten - die Rede ist von Hunderten Stunden Videomaterial pro Legislatur.

Mit diesen Argumenten konnten die Befürworter nichts anfangen. «Entscheidungen in diesem öffentlichen Haus sollen auch öffentlich zugänglich sein», sagte Pascale Bruderer (SP, AG). Der Parteiose Thomas Minder (SH) meinte, die «Vermessung» finde bereits statt, einfach mit unvollständigem Datensatz. Andrea Caroni (FDP, AR) fand, ein Ständerat sollte einen «genügend breiten Rücken» haben, auch dann frei abzustimmen, wenn seine Stimmabgabe publik werde. Auch Peter Föhn (SVP, SZ) rief seinen Kollegen vergeblich zu: «Wir sind doch Frau und Manns genug, damit wir unsere Meinung frei äussern können.»

Kommentar Seite 2

Anzeige



HOLEN SIE IHRE PAKETE AUCH DANN, WENN ALLE SCHLAFEN

Mit My Post 24 können Sie an über 80 Automaten rund um die Uhr Pakete und eingeschriebene Briefe abholen und aufgeben. Mehr zu My Post 24 und weiteren praktischen Dienstleistungen erfahren Sie auf meinepost.ch

DIE POST 